

CONTAINERUNTERKUNFT IN OBERURSEL

Linke fordert Aus für Flüchtlingslager



Tristesse pur: die Flüchtlingsunterkunft in Oberursel.

Foto: Renate Hoyer

Fehlende Sozialbetreuung, schlechte hygienische Zustände und drangvolle Enge: Für die Linksfraktion ist die Flüchtlingsunterkunft in Oberursel "einer der größten Schandflecken im Kreis". Auch die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl protestiert gegen das Containerlager.

Die hessische Linksfraktion fordert die Schließung der Containerunterkunft für Flüchtlinge in der Hessentagsstadt Oberursel. „Wir fordern die Auflösung des Container-Lagers und die Übernahme der 70 bis 80 Bewohner in Wohnungen“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Hermann Schaus, am Dienstag in Oberursel. Die Fraktion der Linken verabschiedete auf

ihrer öffentlichen Fraktionssitzung in der Hessentagsstadt eine Resolution zu der Flüchtlingsunterkunft.

Darin kritisiert sie die schlechten hygienischen Zustände und die enorme Enge, die kein normales Privatleben zulasse. „Das ist einer der größten Schandflecke im Kreis“, sagte Schaus. Der Hochtaunuskreis bringe nur 22 Prozent der Flüchtlinge in Mietwohnungen unter. Der reichste Kreis in Hessen leiste sich die Unterkunft mit den „erbärmlichsten Verhältnissen“, kritisierte er. Auch fehle eine Sozialbetreuung für die Flüchtlinge.

Nach Angaben der Linken leben „in den von Rost angefressenen Containern“ derzeit etwa 140 Personen. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl hält auf dem Hessentag eine Protestaktion gegen die Containerunterkunft ab.

Auch CDU und SPD wollen Unterkunft schließen

Die Forderung von Linken und Pro Asyl dürfte bei der neue Koalition aus CDU und SPD in Oberursel auf offene Ohren stoßen. Die Parteien hätten sich im Koalitionsvertrag festgelegt, dass das Containerlager „so schnell wie möglich aufgelöst wird“, sagte die Oberurseler SPD-Landtagsabgeordnete Petra Fuhrmann am Dienstag auf dem Hessentag in Oberursel. Das stehe auf Initiative der SPD in der vor rund einer Woche beschlossenen Vereinbarung. Die derzeit dort wohnenden rund 160 Flüchtlinge sollten dezentral in Wohnungen untergebracht werden, allen voran die zwei dort wohnenden Familien.

Die Containerunterkunft stamme noch vom Anfang der 90er Jahre, als Flüchtlingsströme unter anderem aus dem Balkan nach Hessen kamen, sagte Fuhrmann weiter. Die Unterkunft sei heute aber keine angemessene Unterkunft mehr für Asylbewerber. „In Blechcontainern sollte man keine Menschen unterbringen, es sei denn, es herrscht Notstand“, betonte Fuhrmann. Notstand herrsche im wohlhabenden Hochtaunuskreis aber keineswegs. (dapd)

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/rhein-main/linke-fordert-aus-fuer-fluechtlingslager/-/1472796/8555288/-/index.html>